LATEINAMERIKA 15.01.2026 | Anika Oettler & Stefan Peters & Jonas Wolff

Pakt oder Patt

Die US-Intervention stürzte Maduro – doch Demokratie entsteht nicht von außen. In Venezuela ist der Kampf innerer Machtblöcke entscheidend.

Die Implikationen der völkerrechtswidrigen US-Intervention in Venezuela sind in den vergangenen Tagen vielfach kommentiert worden. Der zentrale Fokus lag zumeist auf der globalen Ordnung und der Rückkehr eines offenen Imperialismus. Der Begriff *Regime Change* fiel dabei regelmäßig. Weit weniger Beachtung fanden hingegen die Fragen, unter welchen Bedingungen eine demokratische Transition in Venezuela überhaupt möglich wäre und wie ein solcher Prozess konkret verlaufen könnte.

Eine Ausnahme bildet die kolumbianische NGO *Fundación Paz & Reconciliación* (PARES), die bereits am 4. Januar 2026 eine ausführliche Analyse möglicher Szenarien vorlegte. Diese reichten von einer durch den Chavismus „verwalteten Kontinuität" über Szenarien der Radikalisierung beziehungsweise Spaltung des Regierungsblocks bis hin zu einer „Transition unter Führung der politischen Opposition". Seitdem deutet vieles auf das erstere Szenario hin, da sich die das Regime tragenden Kräfte rasch hinter der Übergangspräsidentin Delcy Rodríguez versammelten, die zugleich Kooperationsbereitschaft in Richtung USA signalisierte. Die Trump-Administration setzt zwar weiterhin auf Drohgebärden, stellte jedoch schnell klar, dass sie mit dem kosmetischen Wandel an der Regierungsspitze vorerst zufrieden sei, solange zentrale US-Interessen, etwa mit Blick auf das venezolanische Erdöl, gewahrt würden. Das heißt, der politische Wandel wird aufgeschoben. Wirtschaftliche und geopolitische Interessen stehen höher im Kurs als die Sorge um Demokratie, Rechtsstaatlichkeit oder gar soziale Gerechtigkeit.

Wirtschaftliche und geopolitische Interessen stehen höher im Kurs als die Sorge um Demokratie,

Explizit zielen Trump und Rubio zunächst auf „Stabilisierung" unter der neu-alten Regierung. Eine „Transition" ist zwar, so der am 7. Januar von Außenminister Marco Rubio verkündete Drei-Stufen-Plan, weiterhin vorgesehen – aber erst als Stufe 3, nach einer Phase des

Rechtsstaatlichkeit oder gar soziale Gerechtigkeit.

„Wiederaufbaus“. So vage die Konturen dieses Plans bislang auch geblieben sind, ist es vor allem die US-Ankündigung einer künftigen Transition, die eine paktierte Rückkehr zur Demokratie in Venezuela weiterhin als mittelbare Konsequenz der US-Intervention möglich erscheinen lässt. Mit Blick auf die innenpolitischen Kräfteverhältnisse ist die repressive Einschüchterung der Bevölkerung jedoch zu effektiv, die Opposition im Land zu schwach, gar fragmentiert, und die Unterstützung des abgewirtschafteten Regimes weiterhin zu groß, als dass ein politischer Umbruch absehbar von innen heraus gelingen könnte. Solange die Trump-Administration ihre massive Drohkulisse nicht nutzt, um die Regierung Rodríguez in Richtung einer politischen Öffnung zu drängen, ist kaum zu erwarten, dass auf die jüngste Freilassung politischer Gefangener mehr als symbolische Schritte in Richtung Demokratie folgen.

Damit ergeben sich gegenwärtig drei plausible Szenarien. Erstens bleibt die Fortsetzung der „verwalteten Kontinuität“ durchaus wahrscheinlich, also ein Szenario der Rekonsolidierung des alten Regimes, nun allerdings als abhängiger Juniorpartner der USA. Dies würde voraussetzen, dass Trump die *Regime Change*-Ambitionen seines Außenministers früher oder später einkassiert, ganz im Sinne des bisherigen Pendelns zwischen pragmatischem *Deal-Making* und ideologischer Konfrontation.

Zweitens lässt sich nicht ausschließen, dass die US-Regierung irgendwann von der Regierung Rodríguez substanzielle Schritte der politischen Öffnung verlangt. Im Kern ginge es dabei um einen zwischen Regierungslager, Oppositionskräften und der US-Regierung ausgehandelten Übergangsprozess in Richtung kompetitiver Wahlen, idealerweise unter Beteiligung zivilgesellschaftlicher sowie weiterer internationaler Akteure. Allerdings wäre es mit einer bloßen Einigung auf Wahlen nicht getan. Zum einen wären institutionelle Reformen nötig, etwa der Wahlgerichtsbarkeit, ebenso wie verlässliche Garantien für Opposition, zivilgesellschaftliche Akteure und die Medien. Zum anderen dürften auch Zusicherungen erforderlich sein, damit sich die zentralen Stützen des gegenwärtigen Regimes auf das Risiko einer – nach aktuellem Stand wahrscheinlichen – Wahlniederlage einlassen. Denkbar wäre etwa ein Arrangement mit Elementen der Machtteilung und wirksamen Schutzmaßnahmen für chavistische Basisorganisationen.

Drittens kann ein solcher paktierter Übergangsprozess auch scheitern. So könnte er doch noch zu einer Spaltung der gegenwärtigen Regimekräfte in Moderate und Loyale führen, die nach der Entführung Maduros zunächst verhindert werden konnte. In diesem Fall wäre die Positionierung des Militärs von zentraler Bedeutung. Doch selbst wenn der unter Maduro systematisch fragmentierte Sicherheitsapparat gegenüber der Regierung loyal bliebe, könnten Hardliner innerhalb der vielfältigen bewaffneten Gruppen in Venezuela Unterstützung mobilisieren, darunter lokale Milizen und bewaffnete Gruppen aus Kolumbien. In diesem Szenario wäre das Gewaltrisiko besonders hoch.

Für die Diskussion eines plausiblen Szenarios demokratischen Wandels ist es zentral, sich nicht auf die Machtkalküle zentraler Akteure zu beschränken, sondern auch die Notwendigkeit tiefgreifender Veränderungen als Teil eines umfassenden Demokratisierungsprozesses in den Blick zu nehmen.

Zu den Kernwidersprüchen des gegenwärtigen Chavismus gehört, dass sozialistische Rhetorik auf eine Realität trifft, in der ein Machtblock enorme Reichtümer angehäuft hat.

Zu den Kernwidersprüchen des gegenwärtigen Chavismus gehört, dass sozialistische Rhetorik auf eine Realität trifft, in der ein Machtblock enorme Reichtümer angehäuft hat. Die Wirtschafts- und Sozialpolitik hatte den Exodus von rund acht Millionen Menschen zur Folge. Seit dem Amtsantritt Maduros prägen Hyperinflation, der Mangel an Gütern des täglichen Bedarfs sowie fortgesetzte Korruption und öffentliche Unsicherheit den Alltag großer Teile der Bevölkerung. In den vergangenen Jahren hat sich die Ökonomie des Landes auf niedrigem Niveau stabilisiert, eine Trendwende ist jedoch nicht in Sicht. Die Armut bleibt groß, die soziale Ungleichheit extrem. Das von Trump geplante Engagement der US-amerikanischen Ölindustrie in Venezuela wird daran kaum etwas ändern.

Gerade weil die Ursachen der schwersten Krise Venezuelas in der einseitigen Fokussierung auf das Erdölgeschäft liegen, steht wirtschaftliche Diversifizierung auch heute nicht im Zentrum der Debatte. Darin besteht eine seltene Einigkeit zwischen der venezolanischen Regierung, der Opposition und der Trump-Administration, die allesamt alles auf den Erdölsektor setzen. Keine Frage, für eine kurzfristige Verbesserung der Lage gibt es wenig Alternativen zum Rohstoffsektor. Mittel- und langfristig bedeutet die fehlende Diversifizierung jedoch eine fortwährende sozioökonomische

Krisenanfälligkeit, das Festhalten am fossilen Modell sowie die Reproduktion politischer und gesellschaftlicher Logiken, die die Beteiligung an der Verteilung der Renteneinnahmen an politische Loyalität binden. Eine demokratische Wende muss daher auch eine Veränderung des Entwicklungsmodells beinhalten und von Beginn an konsequent Alternativen zum Extraktivismus verfolgen.

Dies zeigt sich auch mit Blick auf den sogenannten Minenbogen im Süden des Landes. Vor allem in der lukrativen Goldförderung sind hier sowohl lokale bewaffnete Gruppen als auch die mittlerweile binational agierenden ELN- und FARC-Dissidenten aus Kolumbien aktiv. Diese kolumbianischen Gruppen zeigen zudem eine starke Präsenz in der Grenzregion, wo sie faktisch die Kontrolle über ganze Landstriche ausüben. Ein Wandel in Venezuela muss diese Präsenz nicht-staatlicher Gewaltakteure berücksichtigen.

Eine Reform des Sicherheitssektors ist vor diesem Hintergrund ebenso wichtig wie schwierig. Dabei stellt sich die Frage, wie mit den Verbrechen der Vergangenheit umgegangen werden muss. Gerade das Nachbarland Kolumbien bietet international vielbeachtete Beispiele für *Transitional Justice*, die auch in Venezuela als mögliche Referenz diskutiert werden. Dabei gilt es, auch die Stimmen aus der Diaspora einzubeziehen. Rubio offenbarte ein stark eingedampftes Verständnis nationaler politischer Versöhnung, das auf der Amnestierung inhaftierter sowie exilierter Mitglieder der Opposition basiert. Versöhnung als Ziel und zugleich als Mittel von Frieden und Demokratisierung ist in einem zutiefst polarisierten Land, in dem Risse durch Familien und Nachbarschaften verlaufen und vielschichtige Gewalterfahrungen aufzuarbeiten sind, eine Mammutaufgabe.

Unter diesen Bedingungen ist demokratischer Wandel kaum vorstellbar. Hierfür müssten nicht nur die Prinzipien der Gewaltenteilung, insbesondere eine unabhängige Justiz, ausgebaut werden, sondern auch politische Partizipationsmöglichkeiten sowie eine funktionierende parlamentarische Kontrolle. Außerdem müsste die skrupellose Bereicherung der herrschenden Gruppen an den Futtertrögen bekämpft und die Verbesserung der Lebensbedingungen für die Gesamtbevölkerung angestrebt werden. Die Trump-Regierung, die beabsichtigt, Venezuela auf unbestimmte Zeit zu managen, hat all diese genannten substanziellen Entwicklungen für das Land offensichtlich nicht im Blick. Es obliegt daher europäischen und regionalen Akteuren, darauf hinzuarbeiten, dass diese zukunftssichernden Punkte nicht aus dem Blick geraten.



Anika Oettler
Marburg

Anika Oettler ist Professorin für Gesellschaftliche Entwicklung und vergleichende Sozialstrukturanalyse an der Philipps-Universität Marburg. Ihre Forschungsschwerpunkte umfassen *Transitional Justice* und kollektive Erinnerung.



Stefan Peters
Bogotá / Gießen

Professor Dr. Stefan Peters ist Direktor des Deutsch-Kolumbianischen Friedensinstituts (CAPAZ) mit Sitz in Bogotá sowie Professor für Friedensforschung an der Justus-Liebig-Universität Gießen.



Jonas Wolff
Frankfurt am Main

Jonas Wolff ist Vorstandsmitglied und Leiter des Programmbereichs

Innerstaatliche Konflikte und Professor für Politikwissenschaft an der Goethe-Universität Frankfurt. Seine Forschungsschwerpunkte sind Demokratie und politischer Wandel, soziale Proteste und Konfliktdynamiken sowie Außen- und Entwicklungspolitik.